



Antragsbuch

Landeskongress der Jungliberalen Sachsen
8.Oktober 2016 in Mittweida

Organisatorische Hinweise zum Landeskongress

1. Bitte druckt Euch das Antragsbuch aus und bringt es mit zum Kongress! Wir werden aus Kostengründen vor Ort nicht für alle Teilnehmer ausreichend Antragsbücher vorrätig haben.

2. Dringlichkeitsanträge können bis zum Beginn des Kongresses gestellt werden

und sollten vor Ort direkt beim frisch gewählten Präsidium eingereicht werden. Der Kongress muss jedoch vorab über die Dringlichkeit befinden (Merke: das versäumen der Antragsfrist begründet noch keine Dringlichkeit!) Nur Sachanträge können dringlich sein.

3. Antragsberatung

Anträge werden grundsätzlich in drei sogenannten Lesungen beraten – die Reihenfolge der zu beratenden Anträge legt Ihr im sog. Alex-Müller-Verfahren selbst fest:

1. Lesung – hier findet eine Generaldebatte über den Antrag statt.
2. Lesung – hier werden die eingereichten Änderungsanträge für jede Antragspassage der Reihenfolge nach (bezogen auf den Text des Ursprungsantrags) beraten und ggf. beschlossen.
3. Lesung – hier findet die Endabstimmung über den ggf. durch Änderungsanträge geänderten Gesamtantrag statt

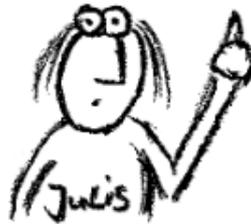
4. Änderungsanträge

Zu allen Anträgen könnt ihr Änderungen, Streichungen oder Ersetzungen schriftlich formulieren. Bitte benutzt pro Änderungsantrag ein DIN-A4-Blatt und reicht diesen beim Präsidium ein.

5. Teilnahme am Kongress (Richtiges Melden - ©JuLis Thüringen):

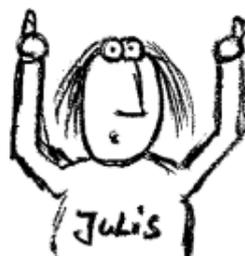
a. Wortmeldung

Du möchtest dich zu einem Antrag zu Wort melden? Bitte melde dich mit einem Arm und achte darauf, dass das Präsidium Dich auch bemerkt:



b. Geschäftsordnungsantrag

Ein sog. GO-Antrag beschäftigt sich mit dem Ablauf des Kongresses und ist nach Möglichkeit sofort aufzurufen. Denkbar sind Anträge auf: Redezeitbegrenzung. Sofortige Abstimmung, Schluss der Rednerliste, Übergang in die 3.Lesung etc. – hierfür melde dich bitte mit beiden Armen! Wird ein GO-Antrag nicht (formal) widersprochen gilt er als angenommen!



c. Zwischenfrage

Willst du einem Redner eine Zwischenfrage (und zwar nur eine Frage) stellen, stehe bitte auf und führe deine Arme über deinem Kopf wie ein Dach zusammen. Das Präsidium wird den Redner bei Gelegenheit unterbrechen und fragen, ob er eine Zwischenfrage zulässt. Der Redner muss eine Zwischenfrage allerdings nicht zulassen!



Inhaltsverzeichnis

Geplante Tagesordnung 6

Übersicht Sachanträge 7

Sachanträge 9

Geplante Tagesordnung

Samstag, 08. Oktober 2016

9:00 Uhr Einlass

10:00 Uhr Beginn

- 1) Eröffnung und Begrüßung
- 2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- 3) Wahl einer Tagungsleitung
- 4) Beschlussfassung über die Tagesordnung
- 5) Wahl eines Protokollführers
- 6) Wahl einer Zählkommission
- 7) Grußworte
- 8) Festlegung der Reihenfolge der Sachanträge
- 9) Bericht des Landesvorsitzenden
- 10) Aussprache
- 11) Wahl der Bundeskongress Delegierten für 2017
- 12) Beratung von Satzungsänderungsanträgen
- 13) Beratung von Sachanträgen
- 14) Sonstiges (ggf. Ehrungen)
- 15) Schlusswort des Landesvorsitzenden

Nr.	AMV	Titel	Antragssteller	Seite
1 Bildung				
11		Für ein modernes und zeitgemäßes Schulgesetz	Landesvorstand	9
2 Energie				
21		Energiepolitik mit Zukunft: Zurück zum Kern der Vernunft!	JuliA Dresden	13
3 Gesundheit				
31		Rauchen ist Geschmackssache!	JuliA Dresden	17
32		Gegen Impfpflicht und für bessere Durchimpfung	JuLis Leipzig, JuliA Dresden	18
4 Inneres				
41		Stärkere Förderung von Präventionsmaßnahmen zur Einbruchssicherung	Benjamin Lange	21
42		Eigenverantwortlich Leben- Chancen und Teilhabe in einer inklusiven Gesellschaft	Landesvorstand	22
5 Ländliche und Regionale Entwicklung				
51		Die Zukunft des ländlichen Raumes	Landesvorstand	26

6 Sport				
61		Positive Wechselwirkung zwischen Breiten- und Spitzensport nutzen	Benjamin Lange, Philipp Hartewig	39
D Dringlichkeitsanträge				
D1				
D2				
D3				

1 **Antrag 11** **Für ein modernes und zeitgemäßes Schulgesetz**

2
3 **Antragssteller:** **Landesvorstand** Ja Nein Enthaltung
4 -----
 Angenommen Abgelehnt

5 Der Landeskongress möge beschließen:

6 Voraussichtlich Ende 2016 wird die schwarz-rote Landesregierung ein neues
7 Schulgesetz im Sächsischen Landtag beschließen.

8 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine komplette Überarbeitung des
9 derzeitigen Entwurfs und stellt dafür 12 zentrale Forderungen auf:

10 **1. Für eine moderne und neutrale Präambel**

11 Derzeit heißt es in der Präambel des neuen Schulgesetzes, dass in der Schule die
12 Vermittlung verschiedener Werte "anknüpfend an die christliche Tradition im
13 europäischen Kulturkreis" zu erfolgen hat. Bei einem Anteil von unter 25 Prozent an
14 Christen in Sachsen sollten wir vor allem die Werte an sich und nicht eine bestimmte
15 Religion betonen. Unsere Religion ist die Toleranz!

16 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert weiterhin strukturelle Veränderungen in
17 der Präambel. So sollte der allgemeine Bildungsauftrag u.a. um die Fähigkeit des
18 "kritischen Denkens" ergänzt werden. Oftmals fällt es Schülern schwer, sich auf
19 Basis ihres eigenen Wissens eine eigene Meinung zu bilden und zwischen der
20 Qualität und Objektivität einzelner Medien zu differenzieren. Schule sollte daher
21 verstärkt die eigene fundierte Meinungsbildung unterstützen und fördern.

22 **2. Schulschließungen stoppen- Schulschließungsmoratorium im Schulgesetz**
23 **verankern**

24 In der vergangenen Legislatur hatte die Schwarz-Gelbe Koalition mit einem
25 Schulschließungsmoratorium verhindert, dass weitere Schulen geschlossen wurden.
26 Der jetzige Gesetzentwurf der Großen Koalition gefährdet den Bestand einiger,
27 insbesondere ländlicher Schulen. Er bedeutet ebenso keine Rechtssicherheit für die
28 Einrichtung einzügiger Schulen, da die staatliche Schulverwaltung immer das letzte
29 Wort hat. Besonders problematisch ist weiterhin die Festlegung einer neuen
30 Mindestschülerzahl für Berufliche Schulzentren. Diese müssen, im Gegensatz zum
31 aktuellen Entwurf, auch unter einer Zahl von 750 Schülern weiter bestehen können,

32 um die Abdeckung vor allem im ländlichen Raum nicht zu gefährden.

33 **3. Freie Grundschulwahl für alle- Grundschulbezirke abschaffen!**

34 Das neue Schulgesetz sieht weiterhin die Grundschulbezirke in ihrer bisherigen
35 Form vor. Die Jungliberale Aktion hält diese für nicht notwendig, da sie bürokratisch
36 sind und verschiedene Faktoren bei der Schulwahl, beispielsweise den Arbeitsweg
37 der Eltern, nicht berücksichtigen.

38 **4. Qualitätssicherung verbindlich gestalten- Regelmäßige Evaluationen im** 39 **Schulgesetz verankern!**

40 Intensive und umfangreiche Schulevaluationen erachten wir als sinnvoll und
41 notwendig, um innovative Bildungskonzepte zu entdecken sowie Probleme in den
42 Schulen aufzudecken und zu bekämpfen. Evaluationen stehen zwar im Schulgesetz
43 (§ 3a SchulG), sind ohne verbindlichen Turnus aber nicht effektiv. Eine gesetzlich
44 festgeschriebene Evaluation in klar definierten Zeitabständen ist daher geboten.

45 **5. Mehr Eigenverantwortung für Schulen gibt es nur mit "echtem** 46 **Budgetrecht"**

47 Der aktuelle Entwurf des Schulgesetzes umfasst bereits ein Budgetrecht für
48 Schulleiter. Dieses Konto läuft dann allerdings über den Schulträger, was in den
49 meisten Fällen die Kommune darstellt. Es ist unverständlich, warum kommunale
50 Mandatsträger mehr Einfluss auf die konkrete Mittelverwendung haben sollen, als
51 die Akteure vor Ort an der Schule, zumal dieses Konto einen zusätzlichen Aufwand
52 für die Kommune darstellt.

53 Zusätzlich braucht die Schulkonferenz, das wichtigste Beschlussgremium der Schule,
54 ein Haushaltsrecht.

55 **6. Recht auf inklusive Beschulung- UN Behindertenkonvention umsetzen!**

56 Zwar wird das Thema Inklusion endlich im Schulgesetzentwurf erwähnt und
57 zumindest auch definiert. Sachsen ist aber immernoch eines der Schlusslichter
58 deutschlandweit ohne einen im Landtag beschlossenen Inklusionsplan.

59 Auch wenn pädagogische Konzepte vieler Förderschulen sehr sinnvoll und für
60 betroffene Schüler hilfreich sind, brauchen wir im Schulgesetz einen verankerten
61 rechtlichen Anspruch auf inklusive Beschulung. Eltern müssen grundsätzlich das

62 Wahlrecht haben, Behörden sind dann in der Pflicht nachzuweisen, dass eine
63 Förderschulbeschulung erheblich besser für das Kind ist.

64 **7. Mehr Eigenverantwortung bei pädagogischen und personellen Fragen!**

65 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Landesregierung auf, sächsischen
66 Schulen mehr Freiheiten hinsichtlich pädagogischen und personellen Fragen
67 einzuräumen.

68 Dies bedeutet:

- 69 a) Freie Gestaltung des Schulprogramms und entscheidende
70 Einflussmöglichkeiten auf Zusammensetzung des Lehrpersonals
- 71 b) Vielseitige Nutzungsmöglichkeiten eines eigenen Schulbudgets: Schulen soll
72 es ermöglicht werden zusätzliche Lehrkräfte, Gastdozenten oder weitere
73 Fachkräfte zur Umsetzung des Schulprogrammes zu engagieren
- 74 c) Gesetzliche Verankerung einer Vorstellung des Schulleiters vor der
75 Schulkonferenz vor Einsetzung

76 **8. Für mehr direkte Demokratie an Schule- Schulentseide ermöglichen**

77 Gegenüber dem ersten Entwurf des Schulgesetzes, wird es Schülern nach dem
78 zweiten Entwurf zumindest ermöglicht ihren Schülersprecher direkt zu wählen.
79 Darüber hinaus sollte das Schulgesetz um die Möglichkeit von Schulentseiden
80 erweitert werden.

81 **9. Raus aus der Kreidezeit- Digitale Revolution jetzt!**

82 Besucht man heute eine durchschnittliche sächsische Schule, so sieht man zunächst
83 veraltete Technik und trifft nur sehr selten Lehrer, welche die Vorteile der digitalen
84 Welt verinnerlicht haben und diese auch mit Begeisterung weitervermitteln.

85 Die „Digitale Schule“ ist in Sachsen ein Fremdbegriff. Dies widerspricht der
86 Lebenswirklichkeit vieler Schülerinnen und Schüler.

87 Die Übersetzungs-App im Englisch Unterricht einsetzen? Fehlanzeige. Schnelles
88 Internet und freies WLAN für alle? Wohl kaum. Stattdessen erweitert die sächsische
89 Staatsregierung einen Paragraphen im Gesetzesentwurf, um künftig Handys leichter
90 durch den Lehrer einziehen lassen zu können. Das kann nicht modern und
91 zeitgemäß sein und ist ganz sicher auch nicht im Interesse der Schülerschaft.

92 Für die JuliA Sachsen steht hinter Digitaler Revolution mehr als nur eine hohle
93 Phrase:

94 Wir wollen, dass Sächsische Schulen die Vorteile von interaktiven Whiteboards,
95 digitalen Schulbüchern, Tablet-Pcs, mobilen als App gestalteten
96 Hausaufgabenheften, Tafelbildern, die nach der Stunde per Mail nach Hause
97 geschickt werden können oder auch Kooperationen im digitalen Bereich mit
98 ansässigen Firmen erkennen, verinnerlichen und nutzen. Wir fordern daher: Raus
99 aus der Kreidezeit! Die digitale Revolution beginnt im Schulgesetz!

100 **10. Möglichkeiten für Kooperationsverträge mit Unternehmen schaffen**

101 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert, rechtliche Rahmenbedingungen für
102 Unternehmenskooperationen im Schulgesetz zu verankern. In der Einbeziehung von
103 privaten Unternehmen, ob als einfacher Sponsor, Partnerschaft für bestimmte
104 Unterrichtseinheiten oder gar als Schulträger sehen wir viel Potential, um die
105 Lernbedingungen an einzelnen Schulen zu verbessern und Chancen für eine bessere
106 Berufsorientierung zu schaffen.

107 **11. Schule 4.0- virtuellen Unterricht ermöglichen!**

108 Ein vollkommen neu aufgesetztes Schulgesetz muss zukunftsgerichtet sein und
109 bietet Möglichkeiten, auch zukünftige Unterrichtsmethoden zu verankern. Wir
110 fordern die Landesregierung auf, im neuen Schulgesetz rechtliche
111 Rahmenbedingungen für virtuellen Unterricht wie auch für den Einsatz von
112 Webinaren oder Clouds zu schaffen. Digitale Hausaufgabenhefte,
113 Unterrichtsvorbereitungen oder Tafelbilder zum Nacharbeiten können dabei helfen,
114 den schulischen Erfolg weiter zu steigern.

115 **12. Der Schlüssel zu guter Unterrichts Atmosphäre sind kleine Klassen.**

116 Diese sind der Grundstein für individuellen Lernerfolg, da der Lehrer dem einzelnen
117 Schüler so mehr Aufmerksamkeit widmen kann. Die Jungliberale Aktion Sachsen
118 spricht sich daher für einen Klassenteiler aus, der an weiterführenden Schulen auf
119 25 beziffert ist. Bei Grundschulen soll dieser Teiler bei 21 liegen, Grundkurse der
120 Oberstufe sollen mit maximal 21, Leistungskurse mit maximal 17 Schülern besetzt
121 sein. So wird eine weitere Entfernung der Schüler-Lehrer-Beziehung verhindert.

1 **Antrag 21** **Energiepolitik mit Zukunft: Zurück zum Kern**
2 **der Vernunft!**

3
4 **Antragssteller:** **JuliA Dresden** Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

5 -----
6 Der Landeskongress möge beschließen:

7 Seit Jahrzehnten ist die Kernenergie eine der tragenden Säulen der verlässlichen
8 Energieversorgung Deutschlands. Die öffentliche Debatte über Potentiale und
9 Risiken der Nutzung der Kernenergie und über die Frage der Endlagerung
10 radioaktiven Materials wird dagegen überwiegend ideologisch und unsachlich
11 geführt. Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt einen solchen, von
12 Falschinformationen und gezielter Panikmache geprägten, Umgang mit der Frage
13 der Zukunft der Nukleartechnologie in Deutschland ab. Stattdessen setzen wir uns
14 für eine vernünftige, pragmatische und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit
15 dem Thema ein und positionieren uns wie folgt:

16
17 **1. Der Ausstiegsbeschluss von 2011**

18 Die Jungliberale Aktion lehnt den überhastet beschlossenen endgültigen Ausstieg
19 aus der Nutzung der Kernenergie zum Zwecke der Energiebereitstellung, in der
20 vorliegenden Form, ab.

21
22 **2. Betrieb bestehender Kernkraftwerke**

23 Die Jungliberale Aktion setzt sich für eine umweltfreundliche, CO₂-arme,
24 Energiebereitstellung ein. Die Grundlastabdeckung einer solchen Energieversorgung
25 leisten Kernkraftwerke. Wir fordern daher, dass bestehende Kernkraftwerke auch
26 über das Jahr 2022 hinaus in Betrieb bleiben dürfen, sofern sie regelmäßige
27 Sicherheits- und Stresstests gemäß dem aktuellen Stand von Wissenschaft und
28 Technik bestehen. Spätestens nach 50 Jahren der Nutzung soll die
29 Betriebsgenehmigung eines Kernkraftwerks auslaufen. Perspektivisch sollen alte
30 Reaktoren durch Neubauten ersetzt werden.

31 Für Kernkraftwerke, die sich aktuell in der Nachbetriebsphase befinden, aber nicht
32 in der Stilllegung, muss es möglich sein, den Betrieb wiederauzunehmen, wenn die
33 Erfüllung der Sicherheitsanforderungen nachgewiesen werden kann.

34

35 **3. Neubau von Kernkraftwerken**

36 Der Neubau von Kernkraftwerken, mit dem Ziel alte Reaktoren zu ersetzen, in
37 Deutschland soll gesetzlich wieder möglich gemacht werden. Einhergehend mit einer
38 Genehmigung zum Neubau eines Kernkraftwerks soll die Betriebsgenehmigung
39 eines alten Kernkraftwerks innerhalb einer Frist von sieben Jahren (für drei Jahre
40 jährlich um je ein Jahr verlängerbar) auslaufen.

41 Die Neubau- und Betriebsgenehmigung von Kernkraftwerken muss an die Erfüllung
42 hoher Sicherheitsstandards gebunden sein. Solche Genehmigungen dürfen nur für
43 Kraftwerkskonzepte mit inhärenten Sicherheitseigenschaften, bzw. für
44 Kraftwerkskonzepte deren Sicherheit mit passiven Systemen gewährleistet wird,
45 erteilt werden.

46 Weiterhin sollen neugebaute Kernkraftwerke zukünftig auch zur Bereitstellung von
47 (Prozess-) Wärmeenergie genutzt werden.

48

49 **4. Forschung**

50 Die Forschung zu inhärent sicheren Reaktorkonzepten muss hierzulande
51 intensiviert werden. Im weltweiten Ausbau der Kernenergie sieht die Jungliberale
52 Aktion große Chancen für die deutsche Wirtschaft und Wissenschaft, die hohe
53 Standards im Bereich nuklearer Sicherheit und Zuverlässigkeit stehen, in diesen
54 Bereichen auch weiterhin Maßstäbe zu setzen. Um auch zukünftig weltweit
55 wettbewerbsfähig zu sein, eine sichere Endlagerung zu garantieren und die
56 Sicherheit von Neubauprojekten sicherzustellen, muss eine hohe Qualität deutscher
57 Kernenergieforschung gewährleistet werden. Daher fordert die Jungliberale Aktion
58 Sachsen:

59

60 i. Energieforschung in Deutschland muss massiv gefördert und ausgebaut
61 werden. Dazu müssen auch die finanziellen Energieforschungsetats von Bund
62 und Ländern aufgestockt werden. Die Kernforschung darf davon nicht
63 ausgeschlossen werden.

64

65 ii. Die Bundesrepublik Deutschland soll sich stärker als bisher in der Forschung
66 zu Reaktorkonzepten der Generation IV, bspw. im Rahmen des „Generation IV
67 International Forum“, und in der Entwicklung modularer Reaktorsysteme

68 engagieren. Dazu soll auch der Bau von wissenschaftlichen Anlagen und
69 Forschungsreaktoren angestrebt werden.

70

71 iii. An Hochschulen und Forschungszentren müssen bestehende Lehrstühle und
72 Institute, die der wissenschaftlichen Arbeit zur nuklearen
73 Energiebereitstellung gewidmet sind, erhalten bleiben und weiter aufgebaut
74 werden.

75

76 iv. Mit den Universitäten in Dresden, Chemnitz, Freiberg und Leipzig sowie der
77 Hochschule Zittau-Görlitz und dem Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf
78 und deren Forschungs- und Lehrkompetenzen in Technik,
79 Naturwissenschaften, Informatik, Mathematik und Ökonomie bietet die
80 akademische Welt Sachsens einen guten Nährboden für ertragreiche
81 Forschung im Bereich der Nukleartechnologie. Der Freistaat soll daher für die
82 Gründung eines Forschungsverbundes „Zukunftsperspektive Kerntechnik“
83 anstreben. Diesem sollen obengenannte Hochschulen und
84 Forschungseinrichtungen, bzw. deren relevante Institute/Lehrstühle, sowie
85 geeignete Partner der Industrie und Privatwirtschaft (und eventuell weitere
86 Hochschulen) angehören. Neben der Erforschung inhärenter
87 Reaktorkonzepte der Generation IV soll der Forschungsverbund auch im
88 Bereich Endlagerung, Reststoffbehandlung und Kernfusion Kompetenzen
89 auf- und ausbauen.

90 Ein weiterer Schwerpunkt muss die Erforschung von Reaktorkonzepten sein,
91 die es ermöglichen, bestehende Vorkommen geeigneten spaltbaren Materials
92 optimal zu nutzen. Dazu gehört auch die Arbeit zu Reaktoren, die bisher als
93 „Abfall“ eingestufte Reststoffe als Brennstoff verwenden können.

94

95 **5. Optimale Ausnutzung von Brennstoffressourcen**

96 Um eine optimale Ausnutzung der natürlichen Ressourcen von, für die Kernspaltung
97 zum Zwecke der Energiebereitstellung, geeigneten Elementen zu garantieren,
98 befürwortet die Jungliberale Aktion das Konzept des sogenannten geschlossenen
99 Brennstoffkreislaufs. Das Verbot der Wiederaufbereitung lehnen wir ab.

100 Außerdem fordern wir eine ernsthafte Einbeziehung von Reaktorkonzepten mit

101 alternativen Brennstoffen sowie der Bruttechnologie in die Forschungs- und
102 Entwicklungsarbeit.

103

104 **6. Behandlung radioaktiver „Abfälle“**

105 Die Jungliberale Aktion Sachsen erkennt das Potential der
106 Transmutationstechnologie. Daher fordern wir die Intensivierung der
107 Forschungsarbeit auf diesem Gebiet. Sowohl der Bund als auch der Freistaat Sachsen
108 sollen ihr Engagement in diesem vielversprechenden Bereich ausbauen. Der Bau von
109 Transmutationsanlagen in Sachsen soll möglich sein.

110

111 **7. Endlagerung**

112 Als sächsische Jungliberale sprechen wir uns für eine sachliche und
113 ergebnisorientierte Debatte um die Frage der Endlagerung aus. Ziel muss es dabei
114 sein, so schnell wie möglich eine vernünftige und sichere Lösung für die Endlagerung
115 hochradioaktiver Stoffe zu erreichen. Die Suche nach geeigneten Standorten muss
116 ergebnisoffen erfolgen.

117 Mit der bisherigen Forderung nach Nichtrückholbarkeit sowie die Sicherheit eines
118 Endlagers für eine Million Jahre zu gewährleisten, wird die Realisierung eines
119 Endlagers verunmöglicht. Die Jungliberale Aktion befürwortet daher ein
120 Endlagerkonzept, das Rückholbarkeit garantiert und dessen Sicherheit nur für
121 einige Jahrhunderte zu gewährleisten ist. Vor Ablauf der Sicherheitsgarantie ist ein
122 zweites Lager, mit ebensolchen Anforderungen, zu errichten und das radioaktive
123 Material ist in dieses umzulagern. Das erste Endlager wird dann saniert und
124 modernisiert. Das zweite Lager muss zeitgleich mit dem ersten genehmigt werden.
125 Somit wird die technische Realisierbarkeit ermöglicht und ein Endlagerkonzept, bzw.
126 eine Behandlung des „Abfalls“, kann dank Rückholbarkeit, ständig an den neusten
127 Stand von Wissenschaft und Technik angepasst werden.

128 In einem Endlager sieht die Jungliberale Aktion große Chancen für Wirtschaft und
129 Wissenschaft. Der Freistaat Sachsen soll daher einer Lösung auf seinem Gebiet offen
130 gegenüber stehen.

131

132 *Begründung:*

133 *Erfolgt mündlich.*

1 **Antrag 31** **Rauchen ist Geschmackssache!**

2
3 **Antragssteller:** **JuliA Dresden** Ja Nein Enthaltung
4 Angenommen Abgelehnt

5 -----
6 Der Landeskongress möge beschließen:

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Schaffung einer Möglichkeit des legalen
8 Inverkehrbringens sogenannter neuartiger Tabakprodukte. Innovationen und neue
9 Produkte, wie beispielsweise Zigaretten mit Aromakapseln im Filter, sollen auch in
10 Deutschland verkauft werden können.

11 *Begründung:*

12 *Erfolgt mündlich.*

13

14 **Antrag 32**

Gegen Impfpflicht und für bessere Durchimpfung

15

16

17 **Antragssteller:**

**JuLis Leipzig,
JuliA Dresden**

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

18

19

20 Der Landeskongress möge beschließen:

21 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich gegen die Einführung einer allgemeinen
22 gesetzlichen Impfpflicht aus. Die Erarbeitung von Impfeempfehlungen in
23 Deutschland durch die unabhängige Expertenkommission, der Ständigen
24 Impfkommision am Robert-Koch-Institut (STIKO), begrüßen wir jedoch. Denn
25 Impfungen konnten und können schweres Leid und deren volkswirtschaftlichen
26 Auswirkungen massiv mindern.

27 Der behandelnde Kinderarzt verfügt über die besten Rahmenbedingungen, das beste
28 Sachwissen und die beste Fallkenntnis, um über die Wichtigkeit und Richtigkeit der
29 empfohlenen Impfungen aufzuklären. Wir sehen also die Ärzteschaft und in zweiter
30 Linie das Robert-Koch-Institut bzw. das Bundesministerium der Gesundheit in der
31 Verantwortung, über Impfungen zu informieren. Sie müssen sich auch mehr als
32 bisher, jedoch ohne zusätzlichen gesetzlichen Zwang, zur Aufgabe machen, die
33 schädliche Gegenöffentlichkeit der Virenleugner und Impfgegner und ihre Lügen
34 und Machenschaften im öffentlichen Diskurs zu enttarnen.

35 Wir sehen jedoch für staatlich finanzierte und kofinanzierte Bildungs- und
36 Betreuungseinrichtungen für Kinder eine Verantwortung des Staates Maßnahmen
37 zur Verhinderung der Ausbreitung ansteckender Krankheiten zu ergreifen. Deshalb
38 ist es für uns selbstverständlich, dass der Zutritt zu diesen Einrichtungen daran
39 gebunden ist, eine Immunisierung gegen alle übertragbaren Erkrankungen, deren
40 Impfung von der STIKO standardmäßig empfohlen sind, oder eine gesundheitliche
41 Unmöglichkeit eben jener Impfungen nachweisen zu können.

42

43 *Dieser Beschluss ersetzt den Beschluss "Impfung gegen Impfpflicht" vom 57. JuliA-*
44 *Landeskongress vollständig.*

45

46

47

48 *Begründung:*

49 Die Geschichte der Impfung ist eine Erfolgsgeschichte: Nach den Pocken stehen auch
50 andere Geißeln der Menschheit wie die Masern, die Röteln, die Kinderlähmung und
51 viele andere Krankheiten kurz vor der Ausrottung. Millionen von Kinderleben
52 werden jeden Tag durch künstliche Immunisierungen gerettet.

53 Staatliche Intervention war jedoch seit ihrer Erfindung auf Gedeih und Verderb mit
54 ihnen verbunden worden: Regulierung der Herstellung, der Reinheit und die
55 gesetzliche Impfpflicht beschworen Zweifel an der Impfung herauf und wässerten
56 so die Mühlen der Impfgegner. Der Antragsteller glaubt, dass eine zeitgemäße Lösung
57 eine Lösung finden muss, die zwischen Freiheit des Individuums und der
58 Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft abwägen muss.

59 Die Art und Weise wie die Impfeempfehlungen in Deutschland getroffen werden,
60 sucht ihresgleichen: Eine unabhängige Kommission von Experten muss transparent
61 und öffentlich Entscheidungen darüber treffen, gegen Welche Krankheiten
62 Impfungen empfohlen werden. Leider zweifelt der alte Beschluss vom 57. LaKo
63 genau diesen positiven Aspekt an. Ihm liegen sogar zwei fehlerhafte Annahmen zu
64 Grunde: (1) Parlamente können und sollen der STIKO keine Vorschriften über die
65 Bewertung von Impfungen und deren Aufnahme in den Impfkalender machen, eben
66 dies ist ja der politik- und industriefernen Kommission. (2) Die von der STIKO
67 empfohlenen Standardimpfungen sind bereits eine (kleine) Auswahl aller
68 verfügbaren Impfungen, die vor allem nach volksgesundheitlichen und auch
69 volkswirtschaftlichen Erwägungen getroffen werden.

70

71 Zustandekommen von Impfeempfehlungen:

72 <http://www.impfen-info.de/assets/impfen-info.de/STIKO/#>

73 Beschluss des 57. JuliA-Landeskongresses:

74 Impfung gegen Impfpflicht (57. JuliA-Landeskongress)

75 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich gegen die Einführung einer generellen
76 Impfpflicht aus. Wir setzen uns für eine zeitgemäße, liberale Lösung ein, welche die

77 Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers in den Vordergrund stellt und die
78 Einführung unnötiger Zwänge verhindert. Eine solche Lösung bedeutet zwischen
79 der Freiheit des Individuums und der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft
80 sorgsam abzuwägen.

81 Die sächsischen Jungliberalen sprechen sich deswegen für ein zweistufiges Modell
82 aus, in dem es einen minimal kleinen Kern von verpflichtenden Impfungen geben
83 muss, es jedoch gleichzeitig einen größeren Kreis an Impfungen gibt, die nur
84 Empfehlungscharakter besitzen. Die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission
85 (STIKO) sind dementsprechend zu überarbeiten.

86

87 Beschluss des Erweiterten Bundesvorstandes der JuLis vom 17.07.2016:

88 Gegen Ignoranz kann man nicht Impfen, gegen Krankheiten aber schon!

89 Die Jungen Liberalen fordern die Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht für
90 Kinder. Die vorzunehmenden Impfungen orientieren sich an den Empfehlungen der
91 ständige Impfkommission des Robert Koch Instituts. Der behandelnde Kinderarzt ist
92 dazu angehalten, die Erziehungsberechtigten bei den regelmäßigen Vorsorge-
93 untersuchungen auf die Impfpflicht hinzuweisen. Davon ausgenommen sind
94 Personen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können.

95

96

1 **Antrag 41** **Stärkere Förderung von**
2 **Präventionsmaßnahmen zur**
3 **Einbruchssicherung**

4
5 **Antragssteller:** **Benjamin Lange** Ja Nein Enthaltung
6 Angenommen Abgelehnt

7 Der Landeskongress möge beschließen:

8 Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg in den vergangenen Jahren bundesweit um
9 ca. 50 Prozent an. Studien haben gezeigt, dass lediglich 1,9 bzw. 2,6 Prozent der Täter
10 verurteilt werden. Diese Aufklärungsquote ist miserabel. Der Rechtsstaat ist
11 momentan nicht in der Lage den Schutz der Privatsphäre und des Eigentums in
12 diesem Bereich zu gewährleisten. Dies kann so nicht hingenommen werden.

13 Eine Verschärfung des Strafmaßes im Sinne einer Generalprävention ist nach den
14 überwiegenden Ergebnissen von Studien und der historischen Erfahrung nicht
15 zielführend. Straftäter werden einzig und allein von der Wahrscheinlichkeit des
16 Erwischtwerdens abgeschreckt.

17 Neben unserer bestehenden Forderung nach der Aufstockung der Polizei müssen
18 Präventionsmaßnahmen stärker gefördert werden. 70 Prozent aller Einbruchopfer
19 sind Mieter, da Mietwohnungen traditionell schlechter gegen Einbrüche geschützt
20 sind als Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäuser. Daher muss gerade für
21 Vermieter die Förderung von Präventionsmaßnahmen in geeigneter Weise
22 ausgeweitet werden. Das

23 Förderungsmodell soll so ausgestaltet werden, dass die Hauseigentümer bei dem
24 Erhalt einer Förderung ihrerseits das Zwei- bis Dreifache der Fördersumme
25 investieren. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Installation von
26 Einbruchspräventionssystemen lehnen wir ab.

27

28 *Begründung:*

29 *Erfolgt mündlich*

1 **Antrag 42** **Eigenverantwortlich Leben- Chancen und**
2 **Teilhabe in einer inklusiven Gesellschaft**

3 Ja Nein Enthaltung
4 **Antragssteller:** **Landesvorstand** Angenommen Abgelehnt

5 -----

6 Der Landeskongress möge beschließen:

7 **Präambel/ Allgemeines**

8 Inklusion, d.h. wörtlich "Zugehörigkeit", bedeutet für uns Stärkung von
9 Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Teilhabe von Menschen mit
10 körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen zur freien Entfaltung des
11 Individuums. Das Aufgabenfeld von Inklusion und Teilhabe umfasst jegliche
12 Beeinträchtigungen und Menschen jedes Alters und kann nur
13 gesamtgesellschaftlich gelöst werden.

14 Ein Landesinklusionsgesetz reicht nicht aus. Wir bekennen uns klar zur Umsetzung
15 der UN-Behindertenrechtskonvention und fordern die Landesregierung auf, endlich
16 einen Inklusionsplan auf den Weg zu bringen.

17

18 **Physische Barrierefreiheit**

19 Barrierefreiheit ist die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten
20 Lebensbereiche für alle Menschen. Nur Barrierefreiheit ermöglicht eine Teilhabe am
21 öffentlichen Leben.

22 Für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen ist der ÖPNV oft nur
23 der einzige Zugang zur Mobilität. Jeder sollte die Möglichkeit haben spontan und
24 unkompliziert zu reisen. Das betrifft sowohl die technische Ausstattung, als auch die
25 Sensibilisierung der Mitarbeiter, z.B. bei logistischen Problemen (Umstieg, Gepäck).

26 Im Zuge von Renovierungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden, im öffentlichen
27 Personennahverkehr sowie bei Stadtsanierungen sind behindertenfreundliche
28 Verordnungen umzusetzen, dabei ist ein gesundes Augenmaß zwischen
29 Haushaltsdisziplin und Umsetzung der Verordnungen anzuwenden und auf den
30 kommunalen Inklusionsplan zu achten.

31 Dabei stehen nicht nur öffentliche staatliche Gebäude in der Pflicht, sondern auch
32 private öffentliche Einrichtungen, wie beispielsweise Arztpraxen, Museen, Kinos,
33 Stadien oder Supermärkte, welche derzeit oft nur eingeschränkt für Rollstühle,
34 Kinderwagen oder Rollatoren zugänglich sind. Dabei setzen wir vor allem auf die
35 Eigenverantwortung der Betreiber.

36 Beim Neubau von sozialen Mietwohnungen sind Zubehörräume und
37 Erdgeschosswohnungen möglichst barrierefrei ausgestalten. Menschen mit
38 entsprechenden Beeinträchtigungen müssen bei kommunalen
39 Wohnungsgenossenschaften Zuweisungsvorrang erhalten.

40

41 **Barrierefreie Kommunikation**

42 Barrierefreie Kommunikation kennt viele Formen: Sie besteht nicht nur aus
43 Lautsprache, sondern auch Gebärdensprache, Brailleschrift, Eyetracking und
44 anderen.

45 Behörden müssen öffentlichen Dokumente kostenlos in einfacher Sprache und
46 verschiedenen Datenformen sowie einfache Hilfsmittel, wie beispielsweise eine
47 Homepagelupe, einfachere Homepagestrukturierung oder eine Vorlese-Funktion,
48 zur Verfügung stellen. Desweiteren müssen Apps zur Erleichterung des Alltags (z.B.
49 wheelmap.org) verbessert und stärker kommuniziert werden. Smartphones bieten
50 zudem die Möglichkeit auf andere Hilfsmittel, wie sprechende Taschenrechner oder
51 Uhren, zu verzichten und können an die individuellen Bedürfnisse des Nutzers
52 angepasst werden.

53 In Rundfunkstaatsverträgen sind gesetzliche Regelungen festzuschreiben, die den
54 verbindlichen Ausbau untertitelter Sendungen sowie umfassendere Hörfassungen
55 für Blinde enthalten. Auf der Vorbildrolle des MDR muss aufgebaut werden.

56

57 **Bildung/ Ausbildung**

58 Nur mit Zugang zu Bildung ist eine volle Entfaltung und Entwicklung des Einzelnen,
59 seiner Talente und seiner Kreativität möglich- nur über entsprechende
60 Kompetenzvermittlung die Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft erreichbar.

61 Wir streben die bestmögliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den
62 Betrieb der Regelschulen, unter Maßgabe der größten individuellen und
63 erfolgreichen Förderung des Kindes, an. Maximale Lernerfolge können dabei nur
64 durch kleinere Klassengrößen in Regelschulen und Doppelbesetzung von
65 Lehrkräften in inklusiven Klassen erreicht werden.

66 Eine einhundertprozentige Beschulung in Regelschulen halten wir mittelfristig für
67 nicht realistisch und lehnen aufgrund der oftmals wertvollen Arbeit die vollständige
68 Abschaffung der Förderschulen ab. Dennoch sprechen wir uns dafür aus, dass Eltern
69 ein freies Wahlrecht über die Schulform ihres Kindes haben, und dafür die
70 entsprechende Verantwortung tragen. Kann das Kind gegen den Willen der Eltern
71 in einer anderen Schulform erheblich besser gefördert werden, liegt die
72 Beweispflicht hierfür bei der zuständigen Behörde.

73 Alle Lehrkräfte von Regelschulen sind bei der Ausbildung beziehungsweise bei
74 Weiterbildungen für die besonderen Anforderungen von inklusiver Beschulung zu
75 sensibilisieren.

76 Ein stärkeres Durchlässigkeitsbedürfnis zwischen den Schulformen betrifft
77 insbesondere die Förderschulen. So muss durch eine periodische Überprüfung und
78 Beratung des Schülers und seiner Eltern in regelmäßigen Abständen festgestellt
79 werden, ob die gewählte Schulform noch dem individuellen Bedarf des Schülers
80 gerecht wird.

81 Derzeit erreichen in Sachsen leider nur sehr wenige Förderschüler einen
82 Schulabschluss. Jeder Schüler muss eine realistische Chance auf einen
83 Schulabschluss haben. Behindertenwerkstätten empfinden wir als sinnvoll, lehnen
84 es allerdings ab wenn dort das Element des Förderns hinter wirtschaftlichen
85 Effizienzgedanken zurücksteht. Eine Arbeit in einer Behindertenwerkstatt darf
86 nicht die einzige Zukunftsperspektive darstellen. Maxime muss eine weitestgehende
87 Integration am regulären Arbeitsmarkt sein, was zum Beispiel durch Kooperationen
88 mit ansässigen Handwerksbetrieben oder ausbildungsbegleitenden
89 Förderungsmaßnahmen unterstützt werden kann.

90 Wenn möglich, sollte eine räumliche Trennung von Förderschulen und Regelschulen
91 vermieden werden. Geteilte Pausenhöfe und kollektive Aktionen wie

92 Klassenfahrten, Projektwochen oder Theaterbesuche können Schranken und
93 Hürden im Umgang mit Geandicapten abbauen.

94 Gemeinsames Aufwachsen von Kindern mit und ohne Behinderung in KiTas,
95 Schulen und Freizeiteinrichtungen der erste Schritt, um Behinderung von Beginn
96 des Lebens an als Teil der Vielfältigkeit zu empfinden und sollte zur Normalität
97 werden. Im Bereich von Elternvorbereitungskursen und Kindertagesstätten sollten
98 vermehrt entsprechende Kompetenzen auch an Eltern vermittelt werden.

99

100 **Lebensqualität durch moderne Technik**

101 Forschung und Entwicklung moderner Technologien, wie beispielsweise die
102 Vernetzung verschiedener technischer Geräte und zentraler Steuerung via
103 Smartphone (Homeconnect) oder in der Nutzung künstlicher Intelligenz als
104 Haushaltshilfe, kann ein inklusives Leben vereinfachen. Potenziale einer
105 digitalisierten und technisierten Welt müssen stärker genutzt werden.

106

107 *Begründung:*

108 *Erfolgt mündlich*

1 **Antrag 51** **Die Zukunft des ländlichen Raumes**

2

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

3 **Antragssteller: Landesvorstand**

4 -----

5 Der Landeskongress möge beschließen:

6 **1. Präambel und Leitlinien**

7 Der ländliche Raum ist für uns Jungliberale neben aller Probleme ein Raum der
8 Chancen und auch ein potenzieller Raum der Freiheit. Er gewährt andere Freiheiten
9 als es dicht besiedelte Städte ermöglichen können. Er bietet Platz zur persönlichen
10 Entfaltung und Selbstverwirklichung, Raum für private Ungestörtheit und
11 Lebensqualität.

12 Wir wissen natürlich um die tiefgreifenden und schmerzhaften
13 Transformationsprozesse, die der ländliche Raum in den letzten 25 Jahren bedingt
14 durch die Folgen der Wiedervereinigung erfahren hat. Dieser Strukturwandel war
15 gekennzeichnet durch:

- 16 ● den Zusammenbruch vieler nicht-wettbewerbsfähiger Unternehmen nach
- 17 dem Ende des Sozialismus
- 18 ● eine hohe Arbeitslosigkeit
- 19 ● geringe Geburtenzahlen
- 20 ● Abwanderung vieler junger Menschen
- 21 ● Alterung der ansässigen Bevölkerung
- 22 ● Schrumpfung der Einwohnerzahlen

23 Hinzu kam der allgemeine Trend der Bevorzugung urbaner Gebiete als Lebensraum.

24 Dennoch sehen wir für die Zukunft dieser Regionen keineswegs schwarz. Der
25 Strukturwandel hat daneben auch positive Errungenschaften in Form eines
26 deutlichen Attraktivitätsgewinns der Kommunen hinterlassen. Dieser wurde u.a.
27 ausgelöst durch:

- 28 ● Sanierung und Ausbau der bis dato unterentwickelten Infrastrukturen
- 29 (Straßen, Plätze, Autobahnanschlüsse)

- 30 ● Sanierung der maroden Bausubstanz sowohl in privater als auch in
- 31 öffentlicher Hand
- 32 ● Anschluss der überwiegenden Zahl der Haushalte an zentrale
- 33 Abwasserbeseitigung (Ausbau der Kanalisation)
- 34 ● Verbesserung des Umweltzustands und Sanierung von Umweltsünden
- 35 ● Verbesserung der Versorgungslage mit Waren des täglichen Bedarfs

36

37 Wir stellen uns gegen die düsteren Prognosen mancher Untergangsapologeten und
38 haben Vertrauen in die Kreativität jedes Einzelnen um die Herausforderungen zu
39 lösen. Staatliche Vorgaben, welche Orte erhaltenswert seien und welche nicht,
40 lehnen wir ab. Vorschläge von einzelnen Wissenschaftlern, wonach dem ländlichen
41 Raum nur noch eine Sterbebegleitung (Straßen nur noch schottern,
42 Dieselgeneratoren statt Sanierung von Stromleitungen, Heizkostenzuschuss statt
43 moderne Schulsanierung) zu Teil werden soll, sind auch in ihrer Rhetorik
44 menschenverachtend und zeigen kein Gefühl für die Bedürfnisse vor Ort. Diesen
45 erteilen wir eine klare Absage. Wir bekennen uns zu der in Artikel 72 GG definierten
46 Pflicht zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im Bundesgebiet. Für uns
47 Liberale liegt es in der freien Verantwortung jedes Einzelnen, zu wohnen wo er
48 möchte und sich am wohlsten fühlt. Die Veränderungsprozesse bieten auch
49 Chancen. Sie müssen nur richtig gemanagt werden. Es müssen passgenaue Lösungen
50 gefunden werden, die auch ökonomisch vertretbar sind.

51 Zudem folgt auf einen Trend oft ein Gegenteil. Denkbar ist, dass sich durch die
52 Digitalisierung wichtige Lebensumstände dergestalt ändern, dass sie eine
53 Trendumkehr bewirken könnten.

54 Bevölkerungsschrumpfung

55 Die Bevölkerung wird in den ländlichen Räumen auf absehbare Zeit in den nächsten
56 Jahren und Jahrzehnten weiter schrumpfen. Dies ist als Folge des demografischen
57 Wandels unumkehrbar. Die ältere Bevölkerungsgruppe ist weitaus größer als die
58 jüngere. Erst wenn hier wieder ein Gleichgewichtspunkt erreicht ist, wird sich diese
59 Rahmenbedingung wieder ändern. Dafür sind allein der Faktor Zeit sowie externe
60 Faktoren (Einwanderung) verantwortlich.

61 Bevölkerungsschrumpfung ist dabei für Sachsen leider kein neues Phänomen. So
62 sank die Bevölkerung nach dem Höchststand im Jahr 1950 (knapp 5,7 Mio.
63 Einwohner) schon vor der Wende bis 1990 um ca. 900.000 Einwohner und bis 2015
64 um weitere knapp 700.000 Einwohner ab. Auch dies zeigt, dass Lebensqualität trotz
65 Schrumpfung durchaus erhalten werden kann und setzt die Situation in einen
66 langfristigen Kontext. Gleichwohl ist es unser ganz langfristiges Ziel, diese
67 Bevölkerungsabnahme aufzuhalten und umzukehren.

68 Derzeit sammeln sich jüngere Menschen verstärkt in Großstädten (Schwarmtheorie).
69 Dahinter steckt auch das Bedürfnis, in der Nähe von Menschen aus ihrer
70 Altersgruppe zu leben. Für den Erhalt des Ländlichen Raumes ist auch aus diesem
71 Grund wichtig, dass eine **kritische Masse junger Menschen auch vor Ort in den**
72 **kleineren Kommunen gehalten werden kann.**

73 Durch die Schrumpfung werden Kapazitäten frei, die nicht mehr in dem bisher
74 angebotenen Umfang benötigt werden (Immobilien, Infrastruktur, Daseinsvorsorge,
75 Bildung, wirtschaftliche Angebote, Arbeitsplätze - Fachkräftemangel). Diesen
76 **Angebotsüberhang gilt es dort abzubauen, wo es nicht möglich ist die Nachfrage**
77 **zumindest auf einem stabilen Niveau zu halten.** Der Abbau soll so erfolgen, dass
78 die **Lebensqualität dadurch nicht wesentlich gemindert wird,** aber auch
79 **ökonomisch tragfähige Lösungen erreicht** werden.

80 Diese ist ein langsamer und stetiger Prozess. Es bieten sich daher gute Chancen sich
81 auf die Veränderungen einstellen zu können um diese auch gut bewältigen zu
82 können.

83 Regionale Differenzierung

84 Der ländliche Raum ist nicht homogen. Er unterteilt sich in Regionen, die in der Nähe
85 der für sächsische Verhältnisse großen kreisfreien Städte Dresden, Leipzig und
86 Chemnitz liegen und in peripherere Regionen. Auch hier gilt: peripher ist im
87 Vergleich zu anderen Gegenden in Deutschland oder Europa wie Mecklenburg-
88 Vorpommern oder Südschweden als relativ anzusehen, eine mittelgroße Stadt ist
89 meist nicht allzu weit entfernt. Die Bevölkerungsdichte ist im europäischen
90 Vergleich immer noch hoch.

91 Die Nähe zu den kreisfreien Städten bietet aufgrund deren anhaltenden

92 Bevölkerungswachstums sicherlich die größten Chancen für eine langfristig stetige
93 Bevölkerungsentwicklung. Sie könnte dazu beitragen, den Rückgang der
94 Bevölkerung in diesen Gebieten zumindest zu minimieren. Ziel sollte es daher sein,
95 die **Attraktivität dieser Ballungsgebiete auf diese Gebiete ausstrahlen zu lassen**
96 **und diese damit zu vergrößern.** Attraktive Metropolen wie z.B. München haben
97 bereits ein ca. 80 km umfassendes Umland.

98 **2. Maßnahmen**

99 Um die Leitlinien unserer Politik für den Ländlichen Raum zu erreichen, sind
100 folgende Maßnahmen erforderlich:

101 Wirtschaft

102 Vorrangiges Ziel der der wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollte es sein, die
103 Menschen vor Ort zu aktivieren und zu unterstützen, so dass eine nachhaltige und
104 auf die Region zugeschnittene Entwicklung angestoßen werden kann. Dabei ist es
105 wichtig, dass Maßnahmen nach dem Bottom-up-Ansatz getätigt werden und
106 regionale Entwicklungskonzepte, welche speziell auf die Region angepasst sind,
107 ausgearbeitet werden.

108 Unternehmerische Investitionen benötigen neben den passenden
109 Rahmenbedingungen vor Ort ebenso eine langfristige Planungssicherheit. Politische
110 Zusagen und Förderungen müssen wie vereinbart eingehalten werden. Ziel muss es
111 sein, die Unternehmen und Produktionsstätten in den ländlichen Regionen zu halten
112 und wenn möglich auch zusätzliche Arbeitskräfte und damit potenzielle neue
113 Einwohner anzulocken. Dabei muss aktiv um potenzielle Zuzügler und auch um
114 nach der Wende abgewanderte Personen geworben werden. Eine Abwanderung von
115 Unternehmen in Richtung der Schwarmstädte muss verhindert werden. Dazu sollte
116 die regionale Vernetzung von Unternehmen unterstützt werden. Zudem können
117 öffentlich finanzierte Weiterbildungseinrichtungen und Ausbildungszentren einen
118 wichtigen Beitrag für dieses Ziel leisten. Potenzielle Existenzgründer sollten mit der
119 Aussicht auf günstige Büro- und Produktionsräume gelockt werden.

120 Der demografische Wandel und die zunehmende Individualisierung von
121 Lebensläufen führt dazu, dass Unternehmensnachfolgen und -übergaben in der
122 eigenen Familie längst nicht mehr gesichert sind. Daher müssen

123 Unternehmensnachfolgen außerhalb dieses Kreises ermöglicht werden. Eine
124 stärkere regionale Vernetzung sowie eine bessere regionale Vermarktung der
125 Unternehmensbörse Nexxt, die aus eben dieser Zielstellung gegründet wurde,
126 können dazu beitragen. Möglichkeiten zur Verbesserung von Tourismusangeboten
127 müssen ergriffen werden. Hier haben viele Kommunen noch ein deutliches
128 Entwicklungspotenzial.

129 Durch die zunehmende Digitalisierung wird dezentrales Arbeiten von zu Hause aus
130 immer einfacher. Schon heute wären viele Präsenztage am Arbeitsort durch eine
131 andere Arbeitsorganisation ersetzbar. Dieser Trend wird in den kommenden Jahren
132 wohl zunehmen. Diese Flexibilisierung schafft neue Freiheiten für individuelle
133 Bedürfnisse und wäre gerade für Pendler im ländlichen Raum sowie potenziell am
134 Zuzug interessierte eine entscheidende Verbesserung. Die sächsische Verwaltung
135 sollte begleitend zu ihren guten Bemühungen zur Digitalisierung ihrer
136 Arbeitsabläufe auch hinsichtlich einer solchen Dezentralisierung der Arbeitsabläufe
137 in allen Bereichen, in denen dies ohne Qualitätseinbußen möglich ist, vorangehen.

138 Stärkere Kommunale Zusammenarbeit

139 Der Bevölkerungsverlust ist ein Problem des überwiegenden Teils des ländlichen
140 Raumes in Sachsen insgesamt. Insbesondere benachbarte Kommunen sollten hierbei
141 noch stärker als bisher miteinander kooperieren. Eine stärkere Bündelung von
142 Strukturen ist aufgrund der abnehmenden Bevölkerung und damit einer sinkenden
143 Finanzausstattung der Kommunen grundsätzlich notwendig, um Synergieeffekte
144 nutzbar machen zu können.

145 *Alternative 1:*

146 *Wir sind, wie die sächsische Landesregierung der Auffassung, dass*
147 *Gemeindefusionierungen unabdingbar sein werden. Bis 2020 soll jede Kommune in*
148 *Sachsen mindestens 5000 Einwohner haben.*

149 *Alternative 2:*

150 *Eine generelle Pflicht zu Gemeindefusionierungen (Vorgabe der Landesregierung: bis 2020*
151 *mindestens 5000 Einwohner pro Kommune) halten wir auch im Sinne der Subsidiarität*
152 *und regionalen Identität für nicht notwendig, solange die kommunalen Aufgaben durch*

153 *kommunale Zusammenarbeit auch auf anderen Wege erreicht werden können. Die*
154 *bisherige Rechtslage bietet dafür ausreichend Spielraum.*

155 Gerade im Bereich der technischen Ausstattung (z.B. Bauhof gemeinsam nutzen,
156 digitale Dienste, Stützpunktfeuerwehren für mehrere Gemeinden) und bei
157 Verwaltungsaufgaben, die nicht direkten Bürgerkontakt beinhalten, sehen wir hier
158 großes Potenzial. In jedem Fall darf eine Zentralisierung von Strukturen nicht zu
159 einer nicht tragbaren Entfernung der kommunalen Dienstleistungen vom Bürger
160 führen. Auch eine Gemeindefusionierung darf nicht zum Verlust gewachsener
161 kommunaler Identität führen. Dies können in diesem Fall starke Ortschaftsräte
162 gewährleisten.

163 *Alternative 1:*

164 *Die bisherige Kompetenzausstattung ist dafür ausreichend.*

165 *Alternative 2:*

166 *Die bisherige Kompetenzausstattung ist dafür nicht ausreichend. Bisher kann der*
167 *Gemeinderat über die bereits bestehenden Rechte (§ 67 I Nr. 1 bis 5 SächsGemO) hinaus*
168 *Kompetenzen an den Ortschaftsrat übertragen, sofern sie die Ortschaft betreffen und es*
169 *keine ausschließlichen Kompetenzen des Gemeinderats sind. Diese Kompetenzen,*
170 *ausgenommen die ausschließlichen Kompetenzen des Gemeinderats, sollten die*
171 *Ortschaftsräte künftig im Sinne der Subsidiarität gesetzlich verpflichtend erhalten. Zudem*
172 *soll ein Zustimmungserfordernis für die Aufstellung der ortschaftsbezogenen*
173 *Haushaltsansätze sowie für alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde, die die*
174 *Ortschaft betreffen, die bisher bestehende Anhörungspflicht ersetzen. Das*
175 *Vorschlagsrecht zu allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen bleibt bestehen und*
176 *wird insofern nur um die genannten Regelungen erweitert.*

177 Zur Gewährleistung von Bürgernähe trägt darüber hinaus eine Verwaltung bei, die
178 hochwertige Serviceleistungen in digitaler Form anbietet. Da in Zukunft auch ältere
179 und hochaltrige Menschen in der Lage sein werden, mit moderner Technik umgehen
180 zu können, kann dies einen wesentlichen Beitrag leisten. Die bereits bestehenden
181 Möglichkeiten müssen umgesetzt werden. Neue Ideen wie eine digitale
182 Bürgersprechstunde (bspw. per Skype) sollten zusätzlich implementiert werden.

183 Daneben muss ein Grundangebot stationärer Serviceleistungen bestehen bleiben.
184 Derzeit gibt es immer noch eine große Zahl älterer Menschen, die mit moderner
185 Technik nicht adäquat umgehen können. Deren Bedürfnisse müssen berücksichtigt
186 werden. Wenn schon kein dauerhafter Betrieb möglich ist, dann müssen Mitarbeiter
187 zumindest für bestimmte Sprechzeiten regelmäßig vor Ort sein.

188 Das Standortkonzept der Landesregierung zur Verteilung der Landesbehörden muss
189 auch weiterhin alle Landesteile Sachsens in ausgewogener Weise berücksichtigen.
190 Neben dem Gebot der regionalen Fairness bieten diese gute Jobangebote, die ein
191 wichtiger Pfeiler den Arbeitsmarkt in diesen Gegenden sind.

192 Bessere Vermarktung und Herausstellen der Möglichkeiten

193 Die Außendarstellung vieler Kommunen sowie die des sächsischen ländlichen
194 Raumes insgesamt bietet noch ein großes Entwicklungspotenzial. Diese Regionen
195 bieten Freiheiten, die die urbanen Zentren Sachsens per se auf diese Weise nicht
196 gewährleisten können. Nirgendwo sonst ist es möglich so vergleichsweise günstig
197 auch größere Grundstücke und damit umfangreiches Wohneigentum zu erwerben.
198 Er bietet große Selbstverwirklichungsmöglichkeiten gerade für Menschen mit
199 naturnahen Hobbies wie beispielsweise der Gartengestaltung. Durch das
200 vergleichsweise große und wohl in Zukunft größer werdende Angebot an freien
201 Kapazitäten bietet sich ein idealer Raum für Künstlerateliers zu günstigen
202 Konditionen. Daneben bietet der ländliche Raum Vorteile hinsichtlich emotionaler
203 Aspekte. Heimatgefühl, Naturverbundenheit, Ruhe und die Nähe zu Verwandten
204 wünschen sich viele Menschen für ihr Wohnumfeld.

205 Mit diesen Möglichkeiten sollte, gerade auch und in Kombination mit der vielfachen
206 Nähe zu größeren Städten, geworben werden.

207 Kinder und Bildung

208 Kinder sind die Zukunft auch des ländlichen Raumes. Ihre Förderung hat daher
209 Priorität. In diesem Bereich gilt es sämtliche bestehenden Infrastrukturen (Vereine,
210 Jugendarbeit, Traditionspflege, Freizeitgestaltung) aufrecht zu erhalten. Dies kostet
211 erst einmal Geld, aber es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass es sich
212 langfristig auszahlt. Wenn es solche Angebote nur noch in den Ballungsräumen gibt,
213 würde sich der Trend vom Wegzug und der Landflucht – auch von derzeit fest

214 verankerten ganzen Familien und Leistungsträgern dieser Regionen – noch
215 zusätzlich verstärken. Das muss verhindert werden.

216 Ganz essentiell wichtig ist die Erhaltung der Schulen, zumindest der Grundschulen,
217 vor Ort. Eine Verkleinerung der Schulen bei sinkender Auslastung ist möglich, eine
218 Schließung aber nicht. Lehrer müssen hier falls notwendig mehrere Schulen
219 betreuen und die Wege übernehmen, die den jungen Schülern nicht zugemutet
220 werden können.

221 *Alternative 1:*

222 *Homeschooling lehnen wir ab, da für Kinder der soziale Kontakt zu gleichaltrigen Kindern*
223 *von großer Bedeutung für ihre Entwicklung ist.*

224 *Alternative 2:*

225 *Wir befürworten Homeschooling als Möglichkeit während der Grundschulzeit.*

226 Dasselbe gilt auch für die Erhaltung der frühkindlichen Erziehung und Kitas. Kitas
227 müssen in ihren Öffnungszeiten den Bedürfnissen in ländlichen Regionen Rechnung
228 tragen. Pendler u.a. müssen hierzu die Möglichkeit haben, ihr Kind auch nach der
229 Arbeit aus der Einrichtung abholen zu können. Um die Vereinbarkeit von Beruf und
230 Familie zu gewährleisten, müssen wohnortnahe Betreuungsangebote geschaffen
231 werden. Neben der Betreuung in Kindertagesstätten sind hierzu auch weitere
232 Betreuungsmöglichkeiten, Tagesmütter, generationenübergreifende Lösungen etc.
233 notwendig.

234 *Alternative 1:*

235 *Wir fordern generell kostenlose Krippenplätze und Kindertagesstätten. Dies gilt auch für*
236 *den ländlichen Raum.*

237 *Alternative 2:*

238 *Wir wollen das bestehende Modell zur Finanzierung von Krippenplätze und*
239 *Kindertagesstätten beibehalten.*

240 Zudem sollten Maßnahmen vor Ort getroffen werden, um das Heimatgefühl schon
241 frühzeitig zu stärken und damit den Wunsch aufzubauen auch zukünftig in der
242 Gegend zu leben. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in den Regionen. Die

243 Schulen und Vereine sind dabei im besonderen Maße gefordert.

244 Außerdem ist es von größter Bedeutung, dass Problem rechtsextremistischer und
245 ausländerfeindlicher Strömungen, der gerade in Sachsen und gerade in ländlichen
246 Regionen, in denen wenige Personen fremder Herkunft leben, eine vergleichsweise
247 hohe Anziehungskraft hat, zu begegnen. Dafür muss die politische Bildung
248 verbessert und intensiviert werden sowie frühzeitig Partizipationsangebote vor Ort
249 geschaffen werden. Auch diese Wertevermittlung ist eine gesamtgesellschaftliche
250 Aufgabe. Dies macht diese Regionen gerade für potenzielle Zuzügler und
251 höherqualifizierte Menschen interessanter und lebenswerter.

252 Infrastruktur und Daseinsvorsorge

253 Die Infrastrukturen müssen an die sich verändernden Bedingungen angepasst
254 werden. Eine solche Anpassung ist möglich. Ziel muss es sein, dass auch künftig eine
255 gute Versorgung mit allen wichtigen Gütern sichergestellt werden kann. Die relativ
256 dichte Besiedlungsstruktur und damit die vorhandene Nähe von Orten zu nächst
257 größeren Städten bietet dafür eine gute Grundlage. Diese Städte sind heute schon
258 Infrastrukturzentren und werden dies in Zukunft auch noch stärker sein. Diese
259 halten viele Angebote vor, die es in der Fläche in manchen Gegenden nicht mehr
260 geben wird.

261 Gleichzeitig müssen die Angebote insbesondere für ältere Menschen auch in die
262 Fläche gehen. Sei es durch das Modell der Bürgerläden, in denen etwa
263 Dienstleistungen von Krankenkassen, Sparkassen oder Gemeindeämtern gebündelt
264 werden können, oder durch die stärkere Nutzung digitaler Angebote wie z.B.
265 Lieferdiensten von Supermärkten. Hier könnten in Zukunft durch die Innovation
266 des selbstfahrenden Autos die Kosten deutlich sinken. Zur Umsetzung der digitalen
267 Möglichkeiten und für die Wirtschaft vor Ort ist eine flächendeckende Abdeckung
268 mit schnellem Internet entscheidend. Da nicht absehbar ist, ob und wie schnell hier
269 visionäre Projekte wie das Project Loon von Google über den Einsatz von Ballons
270 ländliche und abgelegene Gebiete mit schnellem Internet versorgen können, ist hier
271 der Freistaat gefordert.

272 Erhebliche Investitionen seit der Wiedervereinigung führen dazu, dass die
273 Straßennetz im ländlichen Raum auf einem sehr guten Niveau ist. Dies schließt

274 sowohl die Dichte als auch die Qualität des Sanierungsstandes der Straßen sowie die
275 vorhandenen Autobahnanbindungen ein. Hier sind lediglich künftig Investitionen
276 in die Erhaltung der Qualität des Straßennetzes notwendig. Die Straßen bieten sehr
277 gute Möglichkeiten für Pendler um ihren Arbeitsort schnell zu erreichen zu können.
278 Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit wird in den nächsten Jahren das selbstfahrende
279 Auto den Automobilmarkt revolutionieren und auch für Pendler im ländlichen
280 Raum ganz neue Perspektiven eröffnen. Die Fahrtanstrengungen, die mit dem
281 Pendeln verbunden sind, würden entfallen. Das Auto würde sich wandeln zum
282 eigenen Taxi inkl. Chauffeur direkt vor der eigenen Haustür, in dem bereits auf dem
283 Arbeitsweg gearbeitet werden kann. Dies wäre eine Revolution und würde ganz
284 neue Motivationslagen für das Leben im ländlichen Raum schaffen. Umso wichtiger
285 ist es daher, dass in den nächsten Jahren ein stabiler und verlässlicher Rechtsrahmen
286 für das selbstfahrende Auto implementiert wird. Solange diese Entwicklung noch
287 nicht Realität ist, fordern wir weiterhin den Führerschein ab 16, um der Jugend mehr
288 Mobilität zu ermöglichen. Steuerliche Entlastungen in Form der
289 Entfernungspauschale möchten wir beibehalten.

290 Die Eisenbahninfrastruktur ist auf einem passablen Niveau. Die Elektrifizierung der
291 Bahnstrecke Dresden - Görlitz ist für einen besseren Anschluss des Bautzner und
292 Görlitzer Raumes an die Landeshauptstadt von hoher Bedeutung. Dieselbetriebene
293 Züge sind kein Zukunftsmodell. Denkbar wäre ein alternativer Antrieb der Züge
294 bspw. mit Wasserstoff. Es sollten stärkere Anstrengungen unternommen werden,
295 um Haltestellen zu sanieren und Lösungen für zunehmend marode ehemalige
296 Bahnhofsgebäude zu finden. Zughaltestellen sind eine Visitenkarte für
297 ankommende Reisende. Vielfach ist der erste Eindruck durch verfallene
298 Bahnhofsgebäude leider unnötig negativ. Haltestellen sollten zudem, falls es
299 finanzierbar ist, auch barrierefrei ausgestattet werden.

300 Von herausragender Bedeutung ist aber die Erhöhung der Taktzeiten in das
301 ländliche Umland der Ballungsräume der Schwarmstädte. Es müssen analog zu
302 anderen großen Metropolregionen Anreize geschaffen werden, um das
303 Bevölkerungswachstum der Großstädte auf die umliegenden Gebiete auszudehnen
304 und diese daran partizipieren zu lassen. Das Umland von diesen Städten soll damit
305 vergrößert werden.

306 Das Busliniennetz soll zumindest im Wesentlichen auf dem bisherigen Niveau
307 gehalten werden. Zu prüfen ist, ob in einzelnen Fällen, in denen diese Abdeckung
308 nicht gewährleistet werden kann, der Einsatz sogenannter Rufbusse lohnenswert ist.
309 Zukünftig könnten auch hier selbstfahrende Busse, durch die die bisher anfallenden
310 Kosten sinken werden, neue Perspektiven eröffnen.

311 Die Kostenstruktur der Wasserversorgungsnetze wird durch die sich verändernden
312 Bedingungen strapaziert. Kommunale Kläranlagen wurden in den 90er oft
313 überdimensioniert gebaut. Eine Schrumpfung der Bevölkerung wurde nicht
314 berücksichtigt. Der Anschluss- und Benutzungszwang muss hier aus Gründen des
315 Solidaritätsprinzips beibehalten werden, sofern nicht Sonderbedingungen wie das
316 Vorhandensein einer ortseigenen Quelle wie bspw. in Seiffen oder weitere bereits
317 bestehende Ausnahmeregelungen (partielle Ausnahmegenehmigung durch
318 Regenwassernutzungsanlage oder Brunnen) vorhanden sind. Mit dieser Regelung
319 soll abgesichert werden, dass sich jeder Einwohner an den Kosten für die öffentliche
320 Versorgung beteiligt. Der Rückbau bestehender Netze und die Verkleinerung von
321 Kläranlagen soll vom Freistaat gefördert werden, um auch künftig eine erträgliche
322 Kostenstruktur bei weniger Nutzern zu gewährleisten. Die Förderung des Einbaus
323 von biologischen Kleinkläranlagen für Orte in denen ein Anschluss an die
324 Netzinfrastruktur nicht wirtschaftlich ist, war eine richtige Maßnahme.

325 Immobilienmarkt

326 Der Bevölkerungsrückgang stellt den Immobilienmarkt im ländlichen Raum vor
327 neue Probleme. Eine Stabilisierung des Immobilienmarktes trotz Schrumpfung muss
328 gewährleistet werden, damit öffentliche und private Immobilienvermögen nicht
329 entwertet werden. Die Leerstandsquoten dürfen einen zu bestimmenden Zielwert,
330 bei dem die wesentliche Stabilisierung der Vermögen als gesichert angesehen
331 werden kann, nicht überschreiten. Dafür ist die Weiterführung und teilweise auch
332 Ausweitung von Rückbauaktivitäten anzustreben. Dieses Konzept hat bereits in den
333 letzten Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung maßgeblich zur Verbesserung des
334 Immobilienmarktes beigetragen und ist auch nach dem Gesichtspunkt der
335 Reduzierung des Flächenverbrauchs sinnvoll. Diese müssen durch die EU-
336 Programme und das Land weiter gefördert werden. In dieser Planung muss Wert

337 darauf gelegt werden, für die Region oder den Ort wichtige Bausubstanz zu erhalten
338 um das Gesicht der Orte auch zukünftig zu wahren. Damit einhergehen kann eine
339 Zusammenlegung bestehender Grundstücke. Dadurch werden einzelne
340 Grundstücke deutlich größer. Ein höheres Platzangebot zur individuellen freien
341 Entfaltung ist ein wesentlicher Vorteil des ländlichen Raumes. Zur Erhaltung der
342 bisherigen Siedlungsstruktur und Vermeidung zusätzlichen Flächenverbrauchs ist
343 dies eine solche Wiedernutzung und teilweise Wiederbebauung einer Neubebauung
344 am Rande der Ortschaften vorzuziehen. Auch die Einrichtung und Vermarktung
345 einer kommunalen Hausbörse als Plattform für potenzielle Käufer kann dabei
346 unterstützend wirken.

347 Daneben steigt der Bedarf an seniorengerechten Wohnraum in diesen Regionen.
348 Dieser sollte unterstützt und verstärkt werden.

349 Wir sprechen uns darüber hinaus klar gegen kommunalen Wohnungsbau in den
350 Ballungszentren und Städten aus. Das Immobilienangebot im Umland ist vorhanden.
351 Es muss vielmehr sichergestellt werden, dass dieses gut an die Großstädte
352 angebunden wird (siehe Eisenbahninfrastruktur). Dadurch werden auch die
353 Ballungszentren entlastet.

354 Grenzregionen

355 In allen bisher genannten Maßnahmebereichen ist in Grenzregionen eine
356 Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen aus den Nachbarländern Polen
357 und Tschechien zu prüfen. Wenn Orte näher an einer größeren tschechischen oder
358 polnischen Kommune liegen als an einer deutschen dann ist das sinnvoll. Hierfür
359 sind die Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit zu erweitern. Dies ist
360 zweckmäßig, kann die Effizienz der Leistungen steigern, Kosten sparen und fördert
361 den europäischen Gedanken. Grenzen werden dadurch in den Bereichen irrelevant.
362 Es sollten in diesem Falle Bemühungen stattfinden, Fördermittel aus dem EU-
363 Programm Interreg A für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu nutzen.

364 Förderungspolitik

365 Die EU-Fördermittel aus den Programmen EFRE (Europäischer Fonds für regionale
366 Entwicklung) und ELER (Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des
367 ländlichen Raumes) haben in den vergangenen Jahren bereits vielfältige Projekte zur

368 Sanierung der Infrastrukturen und des Immobilienbestandes im ländlichen Raum
369 unterstützt. Die Programme sind beizubehalten und verstärkt zu nutzen. Für jede
370 Förderperiode hat jeder Mitgliedstaat und auch jedes Bundesland die Möglichkeit, in
371 einem Entwicklungsplan Prioritäten zu formulieren um die Zielgenauigkeit des
372 Mitteleinsatzes zu erhöhen. Hierbei ist ein Schwerpunkt auf die genannten
373 Herausforderungen und Maßnahmen wie den Umbau der Infrastruktur und den
374 Rückbau verschiedener Immobilien zu legen.

375

376 *Begründung:*

377 *Erfolgt mündlich*

1 **Antrag 61** **Positive Wechselwirkungen zwischen**
2 **Breiten- und Spitzensport nutzen**

3 **Antragssteller:** **Benjamin Lange,** Ja Nein Enthaltung
4 **Philipp Hartewig** Angenommen Abgelehnt

5 -----
6 Der Landeskongress möge beschließen:

7 Deutschlands Spitzen- und Breitensport hat, wie u.a. die Ergebnisse der
8 Olympischen Spiele 2016 belegen, noch Potential nach oben. Wir sehen dabei vor
9 allem Chancen in einer positiven Wechselwirkung zwischen einem starken
10 Breiten- und einem starken Spitzensport.

11 Die Forderungen der JuliA zur Verbesserung des Spitzensportes sind:

- 12 • ein klares Bekenntnis von Bundes- und Landesregierung zum Spitzensport
13 in Deutschland,
- 14 • eine stärkere Zusammenarbeit des DOSB mit den Landessportbünden,
- 15 • eine umfassende interne Evaluation nach den Olympischen Spielen
16 innerhalb der Sportverbände,
- 17 • eine Stärkung der bestehenden Kadersysteme,
- 18 • eine geringere Verknüpfung der Spitzensportförderung an
19 Olympiaergebnisse (erfolgreiche Sportarten werden dadurch konserviert,
20 nicht erfolgreiche haben keine Chance wieder richtig gut zu werden),
- 21 • Leistungssportler besser im Sport halten (Leistungssport ermöglichen,
22 Vereinbarkeit mit Studium und Ausbildung)
- 23 • ein Prämiensystem zeitgemäß auszugestalten und Anreize zu erhöhen
24 (20.000 € pro Goldmedaille sind im internationalen Vergleich sehr wenig),
- 25 • eine ausgewogenere Berichterstattung der Medien zu Gunsten von
26 Randsportarten
- 27 • durch Austragung internationaler Wettkämpfe und Großereignisse in
28 Deutschland bzw. Sachsen Interesse am Sport und Motivation der Sportler
29 steigern,
- 30 • eine Stärkung der Trainingswissenschaften (z.B. an der Universität Leipzig),
- 31 • Marketingkampagnen, um mehr private Unternehmen als Sponsoren für

- 32 den Spitzensport zu gewinnen,
- 33 • eine bessere finanzielle Ausstattung der NADA (Nationale Anti-Doping-
- 34 Agentur) sowie
- 35 • entschiedenes Eintreten für bindende, weltweit einheitliche Doping-
- 36 Kontrollen in Training und Wettkampf, für einen möglichst fairen
- 37 internationalen Spitzensport.

38 Für die Stärkung des Breitensports fordert die Jungliberale Aktion:

- 39 • eine Wertschätzung neben sportlichen, auch vor allem gesellschaftlicher,
- 40 kultureller, gesundheitlicher und (insbesondere im Jugendbereich)
- 41 pädagogischer Aspekte der Sports,
- 42 • eine Aufrechterhaltung bzw. Rücknahme aller Kürzungen der GTA-
- 43 Angebote an Schulen (Die Schulen dürfen nicht Opfer einer verkorksten
- 44 Personalpolitik im SMK werden),
- 45 • ein klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip (Vorstöße der Europäischen
- 46 Kommission, wonach Sport aus der Ferne nach dem „Gießkannenprinzip“
- 47 gefördert werden soll, lehnen wir ab),
- 48 • eine Konzentration des europäischen Aufgabenfelds auf den interkulturellen
- 49 Dialog (etwa durch Austauschprogramme speziell für Sportler aus dem
- 50 Breitensport),
- 51 • Sport auf Landesebene muss eine höhere Priorität eingeräumt werden- ein
- 52 eigenständiges Sportministerium sowie einen eigenen Staatssekretär auf
- 53 Landesebene lehnen wir allerdings ab,
- 54 • eine ausschließliche Verknüpfung der Förderung des Breitensports an
- 55 Resultate im Profisport (meist Olympia-Ergebnisse) erachten wir als
- 56 problematisch (Gefahr, dass die einzelnen Sportarten durch ihre nicht
- 57 vorhandene Fernseh- oder Großveranstaltungstauglichkeit an finanziellen
- 58 Mitteln soweit verlieren, dass ihre organisierte Ausübung nicht mehr
- 59 möglich ist),
- 60 • Steuererleichterungen für Ehrenamtliche, etwa durch die Erhöhung der
- 61 Übungsleiterpauschale sowie Abbau undurchsichtiger Steuerregelungen für
- 62 die Vereinsarbeit,
- 63 • einen landesweiten Aktionsplan in Kooperation von Schulen, Hochschulen,

64 Unternehmen, Politik und Vereinen, um integratives Potenzial,
65 beispielsweise für Menschen mit Migrationshintergrund, des Breitensports
66 verstärkt nutzen zu können,
67 • eine Stärkung der Kooperation von Schulen und Kindergärten sowie die
68 Einbindung von Vereinen in den Sportunterricht,
69 • eine Verbreiterung der Förderung des Behindertensports nicht nur auf
70 Spitzensport (etwa in Hinblick auf Paralympics) sowie
71 • eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zur Förderung des
72 Breitensports, insbesondere zur Bereitstellung und Instandhaltung der
73 Sportstätten.

74

75 *Begründung:*

76 *Erfolgt mündlich.*

77